Eisenbahner demonstrieren in der Arbeitszeit

Die Einheitsfrontaktion im Reichsbahnausbesserungswerk Oppeln gegen Entlassungen — Protestversammlungen der Eisenbahner in verschiedenen Städten. — Die ersten Schritte zur Einheitsfront in Berlin

Die Verbandsführer haben die Entlassungen vereinbart

Die von der Deutschen Reichsbahn angekündigten neuen Massenentlassungen — 60 000 Eisenbahner sollen 1932 entlassen werden — stoßen auf die Abwehr der Eisenbahnarbeiter. Man berichtet uns über Protestversammlungen in Gleiwitz (2000 Teilnehmer), in Gotha (500), Opladen (450). In allen diesen Versammlungen wurden Entschließungen, die zum einheitlichen geschlossenen Kampf auffordern, angenommen. Von ganz besonderer Bedeutung sind die gestrigen Ereignisse im Reichsbahnausbesserungswerk Oppeln:

Wir haben in der „Roten Fahne" schon berichtet über eine Demonstration der Belegschaft des Reichsausbesserungswerkes Oppeln gegen die geplanten Entlassungen. Am Mittwoch bezeugte die Belegschaft erneut ihren Willen zum Kampf. Diesmal demonstrierte die gesamte Belegschaft vor dem Verwaltungsgebäude während der Arbeitszeit.

Am Mittwoch gegen 9 Uhr vormittags, während der Arbeitszeit, zog die Belegschaft vor das Verwaltungsgebäude und wählte aus ihrer Mitte eine 15 Mann starke Delegation, die den Direktor Hentschel aufsuchte. Die Delegation bestand aus RGO.-Kollegen, freigewerkschaftlichen Arbeitern, drei Nazierbeitern und einem Christen.

In der Aussprache mit dem Direktor Hentschel forderten der Gesamtbetriebsrat und die Delegation die Zurücknahme aller beabsichtigten Kündigungen. Unter dem Druck der demonstrierenden Eisenbahnarbeiter sah sich der Direktor gezwungen, vor der aufmarschierten Belegschaft zu sprechen.

Er erklärte, die Entlassungen sind mit den Gewerkschaftsvertretern vereinbart. Bei den Verhandlungen mit den Vertretern der freigewerkschaftlichen, christlichen und hirsch-dunckerschen Verbände sind Feierschichten und Entlassungen festgelegt worden.

Er verweise daher die Forderungen der Arbeiter an diese Organisationsvertretungen.

Eine unbeschreibliche Empörung packte die Belegschaft, als sie dieses niederträchtige Verhalten der Verbandsführer erfuhr. Die Verbandsführer wagten es nicht, als sie mit der Direktion vor einiger Zeit Abmachungen trafen, den Kollegen von vereinbarten Entlassungen zu berichten. Bereits in den Mittagsstunden fand eine Betriebsversammlung statt, die konkrete Kampfmaßnahmen beschloß. Der gesamte Betriebsrat trat einheitlich für die geschlossene Kampffront der Eisenbahner gegen Lohnabbau und Entlassungen ein.

Die Aktion der Oppelner Kollegen muß für alle Eisenbahnarbeiter ein anfeuerndes Beispiel sein. Schließt in den Werken und auf den Arbeitsstätten die einheitliche Kampffront!

Eine besondere Mahnung sollen die Oppelner Vorgänge für die Berliner Eisenbahner sein. Hier werden in den nächsten Tagen und Wochen 3000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Es ist die höchste Zeit, daß die Berliner Eisenbahner dem Beispiel von Oppeln folgen.

Auch in Berlin

Man berichtet uns: Der Betriebsrat der Bahnmeisterei Nr. 102, der aus freigewerkschaftlichen Kollegen besteht, wandte sich an den Einheitsverband der Eisenbahner nach einem Referenten. Der Einheitsverband lehnte es ab, für eine Betriebsversammlung einen Referenten zu stellen, er schicke seine Vertreter nur in eine Mitgliederversammlung. Der Betriebsrat wandte sich dann an die RGO., welche sofort einen Referenten stellte.

Nach dem Referat, das die Lage der Eisenbahner und das Verhalten der Verbandsführer schilderte, wurde eine Resolution angenommen, in der die versammelten Kollegen den schärfsten Protest gegen die Zurückversetzung von Stamm- zum Zeitarbeiter erheben. Die Versammelten forderten den Betriebsrat auf, konkrete Schritte gegen diese Zurückversetzung vorzunehmen. Gleichzeitig sprachen die Anwesenden dem Einheitsverband wegen Ablehnung eines Referenten das Mißtrauen aus. Die Entschließung schließt mit dem Satz:

„Wir geloben, unsere Kraft einzusetzen für die Schaffung der roten Einheitsfront unter Führung der RGO. und KPD."

Von 48 Kollegen waren 35 anwesend, die Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Fünf Aufnahmen für die RGO. konnten gemacht werden.

„Kommunisten haben Attentat auf Doumer organisiert"

Das erklärt Dr. Suhr, einer der Führer des Afa-Bundes — Gewerkschaftskollegen, organisiert den Kampf gegen Kriegstreiber!

Ein typisches Beispiel für die schamlose Kriegshetze der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Sowjetunion lieferte Suhr, einer der Führer des Afa-Bundes, in der letzten Funktionärversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, die am 6. Mai in den Alhambrasälen stattfand. In seinem Referat, daß er vor den versammelten 200 ZdA.-Funktionären hielt, kam er auf das Attentat auf den französischen Staatspräsidenten Doumer zu sprechen. Dabei erklärte er:

„Die Kommunisten behaupten, es bestehe die Gefahr eines Krieges gegen Sowjetrußland. Dabei hat kein Staat Angriffsabsichten gegen Sowjetrußland.

Die Kommunisten aber haben wahrscheinlich das Attentat auf Doumer organisiert. Und nur durch solche Geschehnisse kann die Brandfackel des Krieges entfacht werden."

Das ist die Sprache der offenen Kriegsprovokation gegen die Sowjetunion. In allen kapitalistischen Staaten wird fieberhaft zum Krieg gerüstet. Immer größere Truppenkontingente werden an den Grenzen der Sowjetunion zusammengezogen. In allen Teilen der Welt organisieren die Weißgardisten Attentate, weil ihnen die Interventionsvorbereitungen nicht schnell genug vonstatten gehen. Die kapitalistische Presse versucht, die Attentate den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, um den gewaltigen Eindruck der unbeirrten Friedenspolitik der Sowjetunion zu verwischen, und um die Meinung der Werktätigen gegen das Land des sozialistischen Aufbaus aufzuputschen.

So wird von den kapitalistischen Machthabern der Krieg vorbereitet. **Die Gewerkschaftsbürokratie kommt den Vorbereitern des neuen imperialistischen Weltkrieges zu Hilfe.** Das zeigen die Ausführungen Suhrs mit aller Deutlichkeit.

Ein Sturm der Entrüstung muß sich in allen Gewerkschaftsorganisationen gegen diese frechen Provokationen erheben. Suhrs Rede zeigt den Gewerkschaftskollegen den Ernst der Lage. **In allen Gewerkschaftsversammlungen müssen die oppositionellen Kollegen aufstehen und gegen die Kriegshetze der Gewerkschaftsführer Stellung nehmen. Der Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, zur Verteidigung der Sowjetunion, muß in Gewerkschaften, Betrieben und Stempelstellen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.**

Oppositionserfolge im DMV.

In Gotha und in Waltershausen in Thüringen wurden in den letzten Mitgliederversammlungen des DMV. Delegiertenwahlen vorgenommen. Dabei erhielten die oppositionellen Kandidaten die Mehrzahl der Stimmen und wurden somit gewählt, ebenso wurden sämtliche Anträge der Opposition angenommen.

Auch in der Mitgliederversammlung des DMV. in Tambach-Dietharz wurde für die Urwahl ein oppositioneller Kandidat aufgestellt. Ein Renegat, der ebenfalls kandidierte, blieb ihm gegenüber in der Minderheit.

In der Mitgliederversammlung des DMV. in Sömmerda (Thüringen) wurde ein Antrag der oppositionellen Kollegen gegen die imperialistische Kriegsgefahr einstimmig angenommen. Die DMV.-Mitglieder in Schmalkalden beschlossen auf Vorschlag der Opposition, Anträge gegen die hohen Bonzengehälter und gegen den Abbau der Invalidenversicherung.

Auf der Mitgliederversammlung des DMV. in Zwickau wurde ein Antrag angenommen, wonach alle wegen oppositioneller Tätigkeit oder Zugehörigkeit zur RGO. aus dem Verband ausgeschlossenen Mitglieder wieder aufzunehmen sind. In einem weiteren Antrag wird verlangt, daß die Hetze der „Metallarbeiterzeitung" gegen die Sowjetunion eingestellt wird. Des weiteren wird gefordert, daß die erwerbslosen Kollegen in allen Körperschaften des Verbandes, einschließlich der Vertreter- und Vertrauensmännerversammlungen, Vertretungen erhalten.

Auch die Berliner DMV.-Mitglieder müssen die Vorbereitungen zum Verbandstag ausnützen, um unter den Mitgliedern eine breite Kampagne für die Forderungen der Opposition zu entfalten. Insbesondere muß überall eine breite Diskussion über den Einheitsfrontappell der KPD. und RGO. durchgeführt werden.

Die größte Berliner Baustelle faßt Streikbeschluß

Alle übrigen Berliner Baustellen müssen dem Beispiel folgen — Streikerfolge im Reich

Die 700 Mann starke Belegschaft der Berlinischen Baugesellschaft, Baustelle Dreibundstraße, hat gestern gegen nur zwei Stimmen den Beschluß gefaßt, gegen den Lohnabbau in den Streik zu treten. Die Baustelle Dreibundstraße ist die größte aller Berliner Baustellen. Der Beschluß ist von um so größerer Bedeutung, als die Belegschaft fast restlos aus freigewerkschaftlich organisierten Kollegen besteht.

In der gestrigen Baustellenversammlung teilte der Betriebsratsobmann mit, daß der im Schiedsspruch vorgesehene Lohnabbau von der Firma durchgeführt werden soll, die Belegschaft solle dafür in Zukunft nicht mehr wie bisher 40 Stunden, sondern 46½ Stunden pro Woche arbeiten. Diese Nachricht löste ungeheure Empörung aus. Die Kollegen nahmen sofort eine Abstimmung vor und beschlossen gegen nur zwei Stimmen, den Lohnabbau mit Streik zu beantworten.

Dieser Streikbeschluß von größtenteils freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeitern, der ein Erfolg unermüdlicher Aufklärungsarbeit der oppositionellen Kollegen ist, ist die beste Antwort der Gewerkschaftsmitglieder auf die Bemühungen der Verbandsbürokratie, Streikbeschlüsse zu verhindern. Heute noch müssen auf allen anderen Baustellen die Belegschaften ebenfalls zusammentreten, und sich dem vorbildlichen Beschluß der Belegschaft Dreibundstraße anschließen.

Die RGO. und der rote Einheitsverband werden alle Kräfte zur Mobilisierung der gesamten Berliner Bauarbeiterschaft einsetzen. Auch die erwerbslosen Bauarbeiter werden sich in die gemeinsame Kampffront einreihen, gilt es doch mit dem Kampf gegen den Lohnabbau, den Kampf um die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. zu verbinden.

Die Berliner Bauarbeiter werden ihren Kampf gegen den Lohnabbau siegreich durchführen, wenn die Kollegen der reformistischen Gewerkschaften über die Köpfe ihrer sabotierenden Führer hinweg mit den Kollegen der RGO. und des roten Einheitsverbandes eine geschlossene Kampffront aufrichten. **Um die Gewähr zu schaffen, daß in einheitlicher Front jeder Unternehmerterror gebrochen und die zu erwartenden Abwürgungsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie durchkreuzt werden, ist es notwendig, daß überall einheitliche Streikleitungen geschaffen werden, die ihre Vertreter in den zentralen Kampfausschuß entsenden.**

Die Streiks im Reich

Auch am gestrigen Tage haben die Bauarbeiterstreiks im Reich eine weitere Verbreiterung erfahren. In München stehen bereits 1200 Bauarbeiter im Streik. In Nürnberg sind sämtliche Maler gegen einen Lohnabbau von 1,15 Mark auf 0,72 Mark in den Streik getreten. In Bad Nauheim hat eine Baustelle den Streik aufgenommen.

In Hamburg ist das Vorhaben der Unternehmer, den Lohn um 25 Prozent abzubauen, durch die einheitliche Kampffront aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit zum großen Teil bereits abgewehrt worden. Bei 19 Firmen, die gegenwärtig größere Bauten ausführen, sind 16 gezwungen worden, den alten Lohn weiterzuzahlen. Auf den Baustellen des Unternehmers Bruhn, der den Lohnabbau durchsetzen will, wird der Streik mit unverminderter Schärfe weitergeführt.

Die Steinsetzer in Elbingen (Ostpreußen) haben einen Lohnabbau von 1,11 Mark auf 85 Pfennig bzw. von 84 Pfennig auf 68 Pfennig geschlossen abgewehrt. Die Unternehmer mußten ein entsprechendes Ultimatum des einheitlichen Kampfausschusses annehmen.

IV. Bezirkskonferenz der RGO. am 28. und 29. Mai

Der Bezirksausschuß der RGO. hat in seiner Sitzung vom 5. Mai die 4. Bezirkskonferenz der RGO. zu Sonnabend und Sonntag, dem 28. und 29. Mai einberufen.

Im Mittelpunkt der Konferenz werden die Aufgaben zur Herstellung der roten Einheitsfront stehen. Neben dem Hauptreferat des Genossen Erich Gentsch werden die Genossen Paul Walter und Hans Jendretzki über die Erfahrungen unserer Betriebsarbeit und über die Aufgaben der Erwerbslosenbewegung sprechen.

Die Konferenz wird am Sonnabend, dem 28. Mai, um 15 Uhr, im großen Saal der Kammersäle, Berlin, Teltower Straße (am Halleschen Tor) beginnen.

Wir werden in unserer Sonntagsausgabe ausführliches Material über den Delegiertenmodus und über die Aufgaben zur Vorbereitung der Konferenz veröffentlichen.

Möbeltransportarbeiter fest im Streik

Der Streik der Berliner Möbeltransportarbeiter wird mit unverminderten Kraft fortgesetzt. Die Unternehmer hoffen darauf, daß der Schiedsspruch, der einen Lohnabbau auf 8,50 Mark täglich für unständige Arbeiter, und auf 45 Mark wöchentlich für ständig beschäftigte, vorsah, erneut bestätigt wird, und daß die Gewerkschaftsbürokratie versuchen wird, den Streik dann abzubrechen.

Es ist damit zu rechnen, daß heute bereits von den Schlichtungsinstanzen eine Entscheidung gefällt wird. Alle streikenden Kollegen müssen deshalb restlos zur Vollversammlung um 14 Uhr im Gewerkschaftshaus erscheinen und dafür sorgen, daß der Streik bis zur Abwehr jedes Lohnabbaus geschlossen durchgeführt wird.

Die 135 Mann starke Belegschaft der Holzfirma Silbermann in Würzburg ist unter Führung der RGO. geschlossen in den Streik getreten.